

6. April 2024

Hildesheim Allgemeine Zeitung |Seite 22

Von Ulrike Kohrs

Die Rettung des Freibads Bodenburg kommt nicht richtig in Tritt

Politik stimmt für die Bürgschaft – macht aber auch eine klare Ansage zur Höhe der Summe

Dem Förderverein Freies Bad Bodenburg läuft die Zeit weg. „Uns kostet diese Ehrenrunde durch die Politik richtig Geld“, sagt Ute Hoppe, Vorsitzende des Vereins, als sie am Donnerstagabend nach der Sitzung des Finanzausschusses das Bad Salzdeturthor Rathaus verlässt. Erneut war das Freibad, das jetzt in der Trägerschaft des Vereins ist, dort Thema. Zwar hat Hoppe an diesem Abend ein positives Signal bekommen. Doch den endgültigen Startschuss für den Weg in die neue Zukunft kann sie immer noch nicht geben.

Dass das Freibad in die Trägerschaft des Vereins übergeht, ist längst beschlossen, wie auch ein städtischer Zuschuss in Höhe von 450.000 Euro für die erforderliche Sanierung. Doch insgesamt gibt es einen Investitionsbedarf in Höhe von rund 1 Million Euro. Dafür bringt der Verein Eigenkapital, zugesagte Spenden und eine angestrebte Summe, die beim Crowdfunding zusammen kommen soll, mit ein. Am Ende bleibt jedoch ein Betrag offen, der per Kredit abgedeckt werden soll – und der ist seit der Ratssitzung im März noch einmal gestiegen.

Bei der Ratssitzung sollte über die Bürgschaft der Stadt für den Kredit entschieden werden. Die sollte 80 Prozent des Kreditbedarfes betragen und der war auf etwa 230.000 Euro beziffert worden. Die Abstimmung wurde vertagt. Die Mehrheitsgruppe GfBS hatte moniert, dass die notwendigen Unterlagen nicht früh genug vorlagen, um sich mit der Materie zu beschäftigen. Also wurde der Antrag zurück in die Fraktionen verwiesen, um dann eine weitere Runde durch Fachausschuss und Stadtrat zu drehen.

Weil Spenden, Crowdfunding und auch die Höhe der tatsächlichen Baukosten noch Unsicherheiten aufweisen, hatte der Förderverein den Kreditbedarf inzwischen sicherheitshalber auf 350.000 Euro erhöht, die Bürgschaft würde demnach bei 280.000 Euro liegen. Erster Stadtrat und Kämmerer Heiko Räther machte deutlich: „Ohne ein positives Signal der Politik, brauchen wir hier gar nicht weiterzumachen.“

Trotz Bedenken seitens der GfBS stimmte der Fachausschuss am Ende der teils kontroversen Diskussion einstimmig für die Bürgschaft. Über die endgültige Freigabe des Betrages, wenn also alle entsprechenden Unterlagen von den Gremien und der Kommunalaufsicht geprüft sind, muss aber erneut der Stadtrat entscheiden. Die Mehrheitsgruppe bestand zudem darauf, im Beschluss klarzumachen, dass die Stadt keine weiteren Zuschüsse und keine weitere Erhöhung der Ausfallbürgschaft übernehmen würde. „Das ist ein Zeichen an den Verein“, erklärte Heike Schabig (SPD).

„Wir wollen in die Stadt Bad Salzdetfurth, in die Gesellschaft investieren“, stellt Ute Hoppe in einem Gespräch mit der HAZ am Ende der Sitzung klar. Dem Verein gehöre das Bad nicht. „Das bleibt im Eigentum der Stadt. Und natürlich sind wir daran interessiert, die Kosten so gering wie möglich zu halten“, sagt sie. Schon seit Jahren trage der Verein erheblich zum Betrieb des Bades bei. „Die Mitglieder leisten tausende ehrenamtliche Stunden an der Freibadkasse, bei der Rasenpflege, bei Reparaturarbeiten und und und“, schildert sie.

Der Verein wisse aus seiner Erfahrung ganz genau, was er leisten könne und worauf er sich einlasse. „Aber wenn am Ende ein Rohr teurer ist als gedacht, kann doch daran nicht das

Projekt scheitern“, so Hoppe. Sie steht in engem Kontakt mit dem Förderverein des Freibades Rhüden, der dort das Freibad übernommen hat, und weiß um andere Projekte im Kreis Hildesheim. Vergleichbar seien die aber nur bedingt. Die einen bekämen jährliche Zuschüsse, weil in den Einrichtungen weiterhin größere bauliche Maßnahmen anstünden, andere bekämen ein saniertes Bad und dafür keine weitere Unterstützung.

Das Nettlinger Freibad beispielsweise wird von der Gemeinde Schellerten jährlich mit 22.000 Euro unterstützt. „Unsere Gesamtkosten belaufen sich allerdings auf rund 50.000 Euro“, verrät Eckart Langholf, Vorsitzender der Bürgeraktion Nettlingen, die seit gut 30 Jahren Träger des Freibades ist. Eintrittsgelder, Mitgliedsbeiträge, der Erlös des Verkaufes aus dem Kiosk und Spenden würden den Rest abdecken. „Wir kommen ganz gut klar“, sagt Langholf.

Für das Bodenburger Bad kalkuliert der dortige Verein Betriebskosten von jährlich rund 40.000 Euro, dem gegenüber stünden etwa 71.000 Euro Einnahmen, und dazu gehört kein laufender Beitrag der Stadt. Davon will der Verein auch den jährlichen Schuldendienst von 25.000 Euro leisten. In diesem Jahr wird das Freibad wegen der anstehenden Bauarbeiten geschlossen bleiben. 2025 will es wieder an den Start gehen.